

## FORMAT-Serie Zukunft der Pensionen. Bleibt alles beim alten, ruinieren die Pensionen den Staat. Schmerzhaftes für alle sind unvermeidlich. FORMAT zeigt, mit wieviel Pension Sie rechnen können, und stellt die besten Privatversicherungsmodelle vor.

**B**is 2030 wird Österreich endgültig zum Altersheim. Dann gibt es statt den heutigen 1,9 Millionen Pensionisten 2,9 Millionen Rentner. Sie werden sich das Land den eigenen Bedürfnissen entsprechend hergerichtet haben: Es wird mehr Prothesen- als Spielzeuggärten, längere Ampelphasen und größere Preisschilder geben. Die Frage ist bloß: Haben die Pensionäre dann auch noch das Geld, um ihr Leben zu genießen?

Der Kassasturz im staatlichen Pensionssystem macht klar: Es rast auf den Kollaps zu. Die Pensionen kosten derzeit insgesamt 21,7 Milliarden Euro. 2030 wären es 33,3 Milliarden Euro. Der Staat ginge dadurch bankrott. Denn die Summe, die er zu den tatsächlich geleisteten Beiträgen zuschießen müßte, würde sich von derzeit sechs Milliarden Euro glatt verdreifachen. Zu allem Überfluß stehen auch die zweite und die dritte Säule des Pensionssystems, die betriebliche und die private Vorsorge, unter Druck. Wegen der Krise am Kapitalmarkt fallen die derzeit

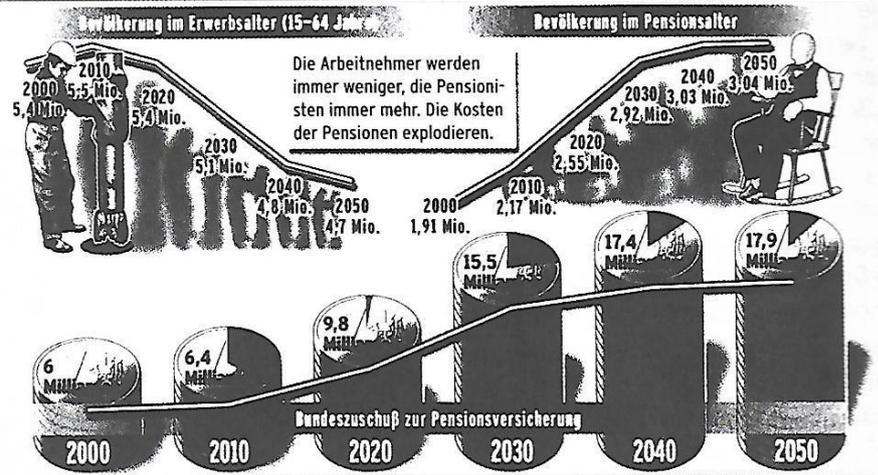
erzielbaren Renditen erheblich geringer als erwartet aus.

**GEWALTMASSNAHMEN NÖTIG.** „Weil viel zu lange gewartet wurde, kann das System jetzt nur noch mit Gewalt gerettet werden“, sagt Pensionsexperte Franz Kohmaier. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel steht mit der Pensionsreform vor der schwierigsten Aufgabe seiner politischen Karriere.

Im ersten Teil der FORMAT-Serie über die Zukunft der Pensionen geht es darum, wie sicher die staatliche Pension wirklich ist, mit welcher Pension Sie nachzeitigem Stand rechnen können und wie sich die kommende Pensionsreform in der Praxis auswirken wird. In den nächsten beiden Ausgaben von FORMAT lesen Sie, mit welchen zusätzlichen Vorsorgemaßnahmen Sie die absehbaren Pensionslücken aus dem staatlichen Rentensystem stopfen können.

Besonders reich sind die österreichischen Pensionisten schon jetzt nicht. Derzeit liegt die Höchstpension bei 2.364 brutto im Monat, die Durchschnitts-

### Der Crash der Pensionen



# Was wird aus den Pensionen?

Das bittere Reformpaket: Keine Frühpension mehr, höhere Beiträge für Selbständige und Bauern, Durchrechnung für Beamtenpensionen, länger Arbeiten für Frauen, Teilrente für Invalide.

rchrechnung für Beamtenpensionen, länger Arbeiten für Frauen, Teilrente für Invalide.

Sparmaßnahmen

## Jonglieren mit Milliarden

Was Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und SPÖ-Chef Gusenbauer vorschlagen und was die geplanten Maßnahmen wirklich bringen.

**LÄNGER ARBEITEN.** Derzeit können Männer ab einem Alter von 61,5 Jahren und Frauen ab 56,5 Jahren in Frühpension gehen. Sie müssen entweder auf 37,5 Dienstjahre kommen oder in den letzten 15 Monaten ein Jahr arbeitslos gewesen sein. In Zukunft müssen die Österreicher ihr Leben ohne die Perspektive der Frühpension planen. Die geplante Abschaffung der Früh-

cherten auf einem persönlichen Pensionskonto ausgewiesen werden. Auf dieser Basis können die ausgezahlten Pensionen schrittweise an die Beiträge angepaßt werden. Es ist auch die Grundlage für den Wechsel vom Umlage- in das Kapitaldeckungsverfahren. Eine Berechnung mit 20.000 Beispielfällen ergibt: Je steiler die Einkommenskurve nach oben zeigt, desto



**Sparziel Beamte: Ein Prozent weniger für Beamte mit Ruhensbezug über der 2.261 Euro im Monat brächte nur fünf Millionen Euro Einsparung.**

pensionen spart dem Staat satte 4,58 Milliarden Euro. Nicht berücksichtigt sind dabei die höheren Kosten durch eine steigende Altersarbeitslosigkeit.

**TEILINVALIDITÄT.** Die Invaliditätspensionen werden auch angepaßt. Die Möglichkeit einer Teilinvalidität soll geschaffen werden: Wer in der Lage ist, bis zu sechs Stunden pro Tag zu arbeiten, bekommt nur einen entsprechenden Prozentsatz der Rente. Derzeit verschlingen die Invaliditätspensionen rund 3,6 Milliarden Euro im Jahr. Diese Maßnahme würde rund zehn Prozent davon einsparen, also etwa 360 Millionen Euro.

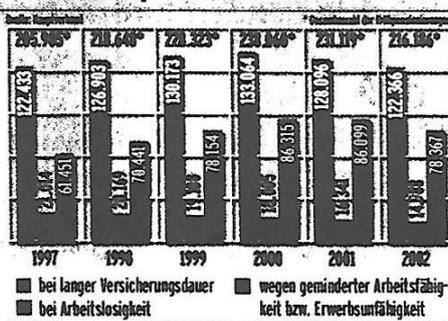
**MEHR BEITRÄGE.** Hinter dem Begriff „Angleichung der Pensionssysteme“ verbirgt sich die Erhöhung des Beitragssatzes für Selbständige und Bauern zur Pensionsversicherung auf 22,8 Prozent ihres Einkommens wie bei Arbeitern und Angestellten. Selbständige zahlen derzeit nur 15 Prozent und Bauern 14,5 Prozent. Diese Maßnahme brächte rund zwei Milliarden Euro Einsparungen pro Jahr.

**PERSÖNLICHES PENSIONSKONTO.** In Zukunft sollen alle Beiträge eines Versi-

größer wäre der Verlust gegenüber dem jetzigen System. Hohe Beamte müßten in Extremfällen mit weniger als einem Drittel ihrer bisherigen Pensionen auskommen. Ein Lagerarbeiter oder etwa eine selbständige Nagelpflegerin, die ihr Einkommen im Lauf des Lebens kaum verbessern, kämen auf 85 Prozent ihres jetzigen Bezugs.

**„SOLIDARITÄTSBEITRAG“.** Beamte mit einem Ruhensbezug über der ASVG-Höchstpension, derzeit 151.802 Personen, sollen einen Solidaritätsbeitrag leisten. Das fordert SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer. Er zielt damit auf eine Gruppe, die nur 7,3 Prozent der Pensionisten stellt, aber 23 Prozent des gesamten Pensionsaufkommens bezieht. Ein Prozent der hohen Beamtenpensionen brächte allerdings Minderausgaben von nur fünf Millionen Euro.

### Problem Frühpensionen



**Früher in die Rente: Nach einer Er-schwerung des Zugangs sank die Gesamtzahl. Dafür stieg die Altersarbeitslosigkeit.**

► pension für männliche Angestellte bei 1.440 Euro. Männliche Arbeiter bekommen nur 930 Euro. Noch schlechter ist die Lage bei den Frauen: Angestellte bekommen im Schnitt 760 Euro, Arbeiterinnen 540 Euro monatlich. Lediglich die Beamten im Ruhestand können den Lebensabend in vollen Zügen genießen: Männliche A-Beamte kassieren im Schnitt satte 4.400 Euro im Monat (Grafik rechts).

Dafür wird nicht lange gearbeitet. Das gesetzliche Pensionsalter liegt bei Männern bei 65 Jahren, dank Frühpensionierungen verabschieden sie sich schon mit 58,7 Jahren in die Rente. Die Frauen müßten eigentlich bis zum 60. Lebensjahr arbeiten, lassen sich aber im Schnitt schon mit 56,5 Jahren pensionieren.

**ZUKUNFTSSZENARIOEN.** Die von Experten wie dem Sozialforscher Bernd Marin gezeichneten Zukunftsszenarien für heute Dreißig- bis Vierzigjährige: Sie werden arbeiten, bis sie 67 oder 68 Jahre alt sind. Frühpensionen wird es allenfalls noch für echte Invalide geben. Schwacher Trost: Wieviel sie verdienen werden, hängt davon ab, wie rasch den Politikern eine nachhaltige Pensionsreform gelingt und wie sich die Konjunktur entwickelt. Mit etwas Glück und privater Vorsorge steigt ein Mittdreißiger nicht schlechter aus als heutige Rentner.

Der Zeitpunkt, den Österreichern Gewaltmaßnahmen anzutun, ist für die Politiker günstig. Dazu Pensionsexperte Bernd Marin: „Der Widerstand in der Bevölkerung wird nicht groß sein. Im Gegenteil. Die meisten Anrufe, E-Mails und Briefe an mich lassen breite Zustimmung zu weitreichenden Änderungen in allen Bevölkerungsschichten und Wählergruppen erwarten.“

Die Pensionsreform ist auch Knackpunkt bei der Regierungsbildung. Donnerstag dieser Woche haben sich Wirtschaftsminister Martin Bartenstein und SPÖ-Frauensprecherin Barbara Prammer bereits zu einer streng geheimen Sondierungsrunde getroffen. Diskutiert wird über Maßnahmen, die das Pensionsbudget schrittweise um bis zu 6,5 Milliarden Euro jährlich entlasten sollen (siehe Kasten Seite 82).

Von den Veränderungen betroffen können neben älteren Arbeitnehmern (Aus für die Frühpension), Selbständigen und Bauern (höhere Beiträge), Beamten (Höchstpension und Durchrechnung wie im ASVG) auch Frauen (Anhebung des Pensionsantrittsalters) und Invalide (Schaffung einer Teilinvalidität) sein.

**KNACKPUNKT FRÜHPENSIONEN.** Hauptziel der Reformen ist die Anhebung des faktischen Pensionsalters. Das setzt die Ab-

**Die heute 30jährigen arbeiten**



**Pensions-  
verhandler  
Prammer,  
Bartenstein:  
Heikle Son-  
dierungsge-  
spräche über  
Grausamkei-  
ten gegen-  
über allen  
Wähler-  
gruppen.**

schaffung der Frühpensionen voraus. Der vorzeitige Abschied aus dem Berufsleben ist derzeit für Männer ab 61,5 Jahren und für Frauen ab 56,5 Jahren möglich. Sie müssen entweder auf 37,5 Dienstjahre kommen oder in den letzten 15 Monaten ein Jahr arbeitslos gewesen sein. Wenn nur noch tatsächlich Arbeitsunfähige in die Frühpension geschickt werden dürfen, würde das dem Staat satte 4,58 Milliarden Euro jährlich sparen. Allerdings müsste er mehr Arbeitslosengeld auszahlen.

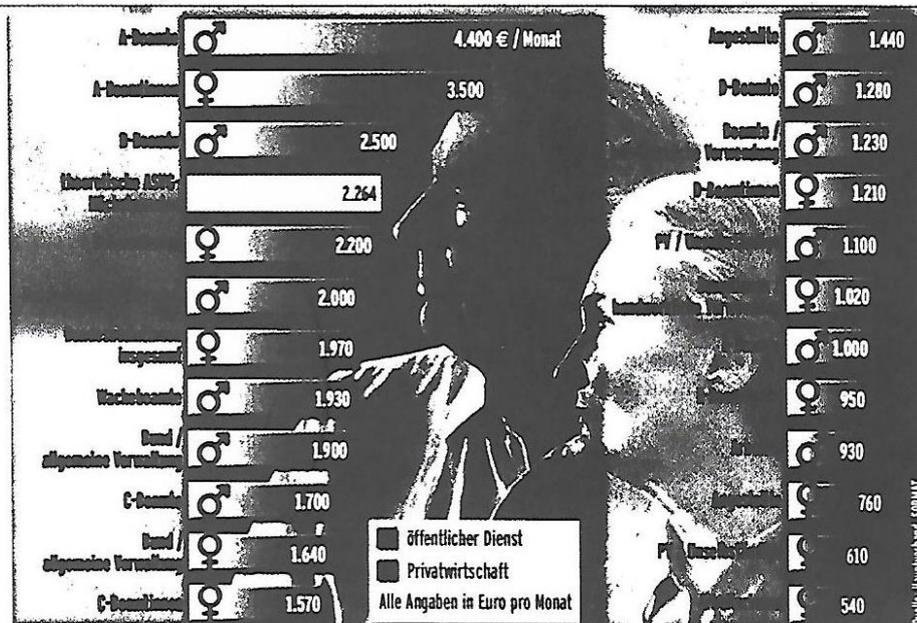
Gleichzeitig soll auch noch eine sogenannte Teilinvalidität geschaffen werden: Wer bis zu sechs Stunden pro Tag arbeiten kann, soll das auch tun und daneben nur einen entsprechenden Prozentsatz

seiner Rente kassieren. Das brächte dem Staat weitere 360 Millionen Euro jährlich.

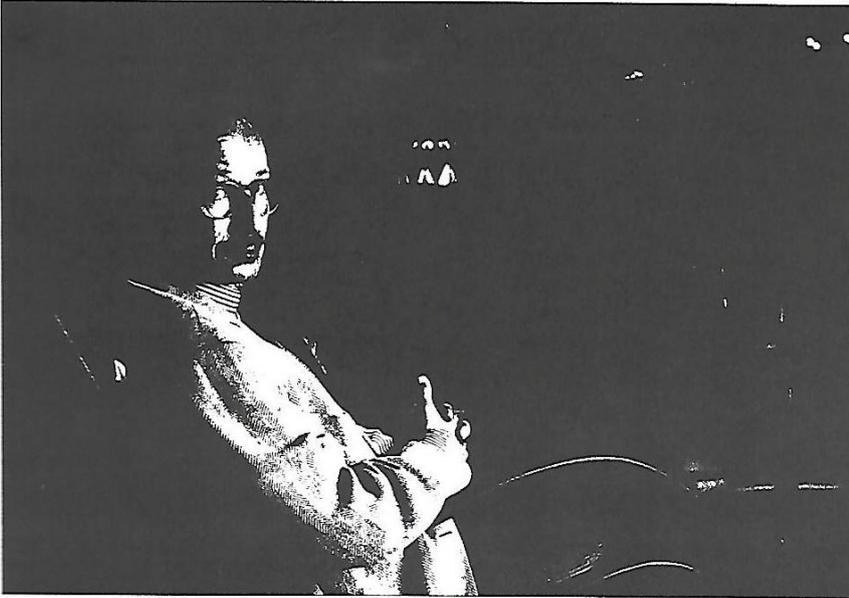
Im Sozialministerium wird sogar schon an einer Alternative zu den Frühpensionen gebastelt: Die Österreicher sollen in Zukunft privat auf ihre Frühpension ansparen können. Manager von Uniq, Wiener Städtischer und Co basteln mit Beamten in Herbert Haupt's Ministerium an sogenannten Bridgingprodukten. Diese decken die letzten 3,5 Jahre vor Erhalt der staatlichen Pension ab. Sie sichern in dieser Zeit den Lebensstandard und leisten die Beiträge für die staatliche Pensionskasse.

Der Haken am Plan mit der Frühpension aus heutiger Sicht: Die Senioren ▶

### Durchschnittspensionen in Österreich



Die Beamten sind die klaren Pensionskaiser Österreichs. Über 150.000 Staatsdiener im Ruhestand kassieren monatlich mehr als die ASVG-Höchst Pension. Diese Gruppe stellt zwar nur 7,3 Prozent der Pensionisten, sackt aber 23 Prozent des gesamten Pensionseinkommens ein. Deshalb sollen sie in Zukunft einen „Solidaritätsbeitrag“ leisten.



### Experte Bernd Marin: „Österreicher wollen die Reformen.“

► landen dann in der Arbeitslose oder Notstandshilfe, weil sie einfach keinen Job finden. Eine erste Erschwerung des Zugangs zu den Frühpensionen im Jahr 2000 hat einen leichten Rückgang gebracht (siehe Grafik Seite 82). Dafür ist gleichzeitig die Altersarbeitslosigkeit von über 60jährigen zwischen 2000 und 2002 um 99,2 Prozent gestiegen.

Die heute Dreißig- bis Vierzigjährigen tröstet Pensionsexperte Bernd Marin: In ihren alten Tagen werde sich die Arbeitsmarktsituation entspannt haben. Marin: „Man wird sie auf Knien anflehen, eine Stelle anzunehmen.“

**HÖHERE BEITRÄGE.** Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat in seinem Positionspapier für die Regierungsverhandlungen auch die „Angleichung der Pensionssysteme“ gefordert. Hinter diesem geheimnisvollen Wort verbergen sich der Abbau von Beamtenprivilegien und die Anhebung von Beitragssätzen.

Die Beamten genießen bisher das Vorrecht, mit achtzig Prozent ihres Letztbezugs in den Ruhestand treten zu können. Künftig soll es eine Durchrechnung wie im ASVG-System geben, wo derzeit die besten 15 Jahre herangezogen. Für neueintretende Beamte soll in Zukunft auch

eine Obergrenze bei ihrem Pensionsbezug wie im ASVG gelten. In Zukunft wird dann keine Pension mehr über der ASVG-Höchstbemessung von derzeit 2.364 Euro brutto im Monat ausgezahlt.

SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer will darüber hinaus bei den am besten bestellten Beamten auch noch einen „Solidaritätsbeitrag“ einheben: Jene 151.802 Staatsdiener, die mehr als die ASVG-Höchstpension einstreifen, sollen einen kleinen Prozentsatz davon hergeben.

Vor der Erhöhung der Beiträge müssen vor allem Selbständige im GSVG und Bauern im BSVG zittern. Diese Pensionssysteme sind die am stärksten von der öffentlichen Hand subventionierten.

Selbständige blechen derzeit 15 Prozent ihres Einkommens als Pensionsbeitrag, bei Bauern sind es gar nur 14,5 Prozent. Beide sollen in Zukunft soviel zahlen wie ASVGler. Die führen inklusive Dienstgeberbeitrag 22,8 Prozent ihrer Lohnsumme an die staatliche Altersvorsorge ab.

Ein tiefer Griff in die Taschen also, der vor allem bei den Bauern keine Reichen trifft. Unter dem Strich bringt diese Maßnahme dem Staat jährlich satte zwei Milliarden Euro an Einsparungen.

**KNACKPUNKT PRIVATVORSORGE.** Der Rettungsanker für viele verunsicherte Pensionsversicherte ist die private Vorsorge. Das trotz der zuletzt trüben Entwicklung der internationalen Aktienkurse. Wer im Alter von um die dreißig Jahren mit dem Anlegen beginnt, kann sich noch immer mit vergleichsweise läppischen Monats-

>>>>>>>>

Immer weniger Junge: Die Frage ist, wer 2030 für die Pensionen aufkommen wird.



betragen eine beruhigende Zusatzpension erwerben.

Das umso mehr, wenn Schüssels Plan von deren steuerlicher Begünstigung aufgeht. Die ist freilich umstritten. SPÖ, Gewerkschaften und Arbeiterkammer murren: So würden auch Großverdiener zusätzlich subventioniert. Das linke Lager befürchtet zudem, daß sich der Staat mit dem Verweis auf die Privatvorsorge eines Tages ganz aus der Alterssicherung zurückziehen könnte. Und dann wären die heute Aktiven als Pensionisten erst recht wieder arm dran.

Wie heikel das Thema ist, beweist ein Fauxpas, der jüngst der ÖGB-Postille

„Solidarität“ passierte. Die Wiener Städtische Versicherung bewarb dort ein privates Vorsorgemodell. Irritierte Kollegen waren die Folge.

**KNACKPUNKT FRAUEN.** Vor allem die Frauen müssen sich auf ein längeres Erwerbsleben vorbereiten. Angedacht wird die Angleichung ihres Pensionsantrittsalters an das der Männer. Für die Österreicherinnen bedeutet das schlicht, fünf Jahre länger als bisher am Arbeitsmarkt ausharren zu müssen.

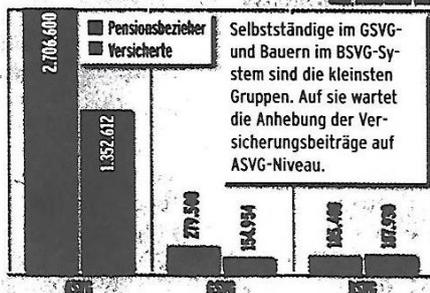
Die Experten sind dafür. Helmut Ivansits, Pensionsreformer der Arbeiterkammer, tritt für eine Angleichung des Antrittsalters für Frauen an das der Männer ein. Ivansits: „Der

**Vier Systeme:** Arbeiter und Angestellte stellen die meisten Versicherten und Pensionisten. Sie zahlen mit 22,8 Prozent auch die höchsten Pensionsbeiträge.

Zeitpunkt ist für die Frauen günstig, sich diesen ohnedies unvermeidlichen Schritt abkaufen zu lassen.“

Aus Frauenkreisen jeder Couleur habe er, Ivansits, entsprechende Signale erhalten. So könnten im Gegenzug eine bessere Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten und mehr ▶

### Pensionssysteme im Vergleich



### Unterschiedliche Beitragsätze

**Arbeiter und Angestellte.** 2.706.600 Versicherten stehen 1.652.612 Pensionisten gegenüber. 85 Prozent der Pensionen werden aus eigenen Beiträgen (22,8 Prozent des Gehaltes) bezahlt. Die restlichen 15 Prozent (2,8 Milliarden Euro) schießt der Staat zu.

**Beamte** 335.869 Versicherte, 200.314 Ruheständler. 43 Prozent ihrer Pensionen kommen aus eigenen Beiträgen. Sie zahlen 12,5 Prozent ihres Gehalts in die Pensionskasse.

**Selbstständige.** Im GSVG gibt es derzeit 279.500 Einzahler und 154.954 Pensionisten. Der Deckungsbeitrag durch Eigenleistung liegt bei rund 50 Prozent. Die Selbstständigen führen 15 Prozent ihres Einkommens an Pensionsversicherungsbeiträgen ab.

**Bauern** Mit 14,5 Prozent Pensionsversicherungsbeitrag kommen die Bauern auf einen Deckungsbeitrag von nur dreißig Prozent. 185.400 Versicherte, 187.930 Pensionisten.

▶ Kinderbetreuungsplätze ausverhandelt werden. Ivansits: „Damit wäre alles mit einem Schlag viel leichter.“

SPÖ-Frauensprecherin Prammer formulierte im Vorfeld der Sondierungsgespräche mit der VP ihre Verhandlungsposition: „Wenn weitreichende Maßnahmen die Diskriminierung der Frauen am Arbeitsmarkt nachhaltig beseitigen, können wir über eine Vorziehung des höheren Pensionsantrittsalters ab 2008 reden.“

Jüngere Frauen müssen sich in jedem Fall darauf einstellen. Laut geltendem Recht wird sich das Pensionsantrittsalter der Frauen zwischen 2019 und 2033 an das der Männer annähern. In der Schweiz wird das laut jüngstem Beschluß schon ab 2008 passieren.

**KNACKPUNKT AUSLÄNDER.** Auch Rainer Münz, österreichischer Professor für Bevölkerungswissenschaften in Berlin, findet neuerdings viel Gehör bei Schwarz und Rot. Seine These: Ein verstärkter Ausländerzuzug könnte den demographischen Kollaps der Republik abschwächen. Münz: „Orientiert sich die Ausländerpolitik an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes statt an Ressentiments, spart das dem Staatshaushalt in Zukunft Pensionsmilliarden.“

Daß es sich dabei nur um eine von vielen Maßnahmen handeln kann, weiß auch der Professor. Aus einer Studie der Vereinten Nationen für das Nachbarland Deutschland läßt sich ableiten, daß in Österreich jährlich 350.000 Zuwanderer mittleren Alters ins Land kommen müßten, um den Altersschnitt stabil zu halten. Also alle sechs Monate die Bevölkerungszahl der Stadt Linz.

**PENSIONSKONTO FÜR JEDEN.** In jedem

Fall empfiehlt es sich, schon jetzt alle denkbaren Lücken in der privaten Pensionsvorsorge zu nutzen. Kleine Tricks zeigen große Wirkung (siehe Kasten Seite 84). Und eines ist sicher: Jeder Österreicher bekommt ein persönliches Pensionskonto, auf dem er seine Beiträge nachlesen kann. Fernziel dieser Maßnahme: Irgendwann soll jeder Versicherte nur noch die Pension kassieren, die er selbst durch Einzahlungen erwirtschaftet hat. Doch das betrifft wohl erst die Enkelkinder der heute Dreißig- bis Vierzigjährigen. □

- BERNHARD SALOMON,  
FLORIAN STADTTHALER

Münz: „Ausländerzuzug bremst Vergreisung des Landes.“

